



Niederschrift (öffentlicher Teil)

über die 18. Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch, dem 19.01.2011, 17.00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling

Stadtvorstand

Beigeordneter Rolf Franzen

Bürgermeister Heinz Heller

(bis 19.32 Uhr; TOP II/3)

Ausschussmitglieder

Kurt Dettweiler

(bis 19.01 Uhr, TOP II/1)

Bernhard Düker

Günter Hahn

(in Vertretung für Stephane Moulin)

Dr. Walter Hitschler

Ingrid Kaiser

Jürgen Kroh

Elisabeth Metzger

(in Vertretung für Eckhart Schiller)

Matthias Nunold

Josef Reich

Walter Rimbrecht

Gertrud Schanne-Raab

Richard Scherer

(in Vertretung für Christian Gauf)

Dirk Schneider

Kurt Zahler

Protokollführer

Alessa Buchmann

(Amt 10)

von der Verwaltung

Heinz Braun

(Amt 10)

Thomas Deller

(Amt 40)

Martin Gries

(Amt 40)

Rudi Hudlet

(Amt 14)

Herbert Kallenbrunnen

(Personalrat)

Horst Keßler

(Amt 60)

Richard Körner

(Amt 10)

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Anne Kraft	(SST Wirtschaftsförderung)
Monika Kuppitz	(Gleichstellungsbeauftragte)
Werner Marx	(GeWoBau)
Dietmar Schaumburger	(Amt 20.5)
Klaus Stefaniak	(Amt 32)
Kurt Stock	(Amt 50)
Rüdiger Wojciechowski	(Amt 32)

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Christian Gauf
Stephane Moulin
Eckhart Schiller

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Wirtschaftsplan 2011 der GeWoBau GmbH Zweibrücken
Vorlage: 20/0332/2011
- 2 GBI
- Jahresabschluss 2009;
- Verlauf 2009;
- Projekte in 2010;
- Ausblick 2011
- 3 Über-/außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
Vorlage: 20/0323/2010
- 4 Berichterstattung über den Sachstand bezüglich Verkehrsunfall an der BBS (in der Sitzung beantragter Dringlichkeitspunkt)

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Grundstücksangelegenheiten
- 2 Vertragsangelegenheit
- 3 Finanzangelegenheiten
- 4 Vergabeangelegenheiten

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:01 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Ausschussmitglied Nunold die Aufnahme des Dringlichkeitspunktes „Berichterstattung über den Sachstand bezüglich der Verlängerung der Leitplanke, die Einrichtung einer Tempo-30-Zone und die eventuelle Anbringung von zwei Berliner Kissen an der Berufsbildenden Schule (BBS)“.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich die Aufnahme des Dringlichkeitspunktes „Berichterstattung über die aktuelle Planung bezüglich Verkehrsunfall an der BBS“.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	1
Enthaltung:	4

Es nahmen 14 Ausschussmitglieder an der Abstimmung teil.

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

I. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Wirtschaftsplan 2011 der GeWoBau GmbH Zweibrücken
(öffentlich) Vorlage: 20/0332/2011**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 20/0332/2011.

Ausschussmitglied Kaiser kritisiert den Hinweis der ersten Seite des Planes, die Auswirkungen des Ankaufs der Canada-Siedlung seien im vorliegenden Wirtschaftsplan nicht erfasst worden. Die Fraktion sei der Meinung, dass es sich bei diesen Auswirkungen um wichtige Daten handle. Sie möchte wissen, wann man über die Auswirkungen informiert werde bzw. wie der Ausschuss mit diesem Wirtschaftsplan verfahren solle, solange diese Angaben fehlen.

Ausschussmitglied Dr. Hitschler schließt sich dieser Meinung an und bittet um eine Zurückstellung des Tagesordnungspunktes, bis die Gesellschaft in der Lage sei vollständige Planzahlen vorzulegen. Er befürworte den Ankauf der Canada-Siedlung und bittet um einen vollständigen Wirtschaftsplan. Man müsse bedenken, dass der Ankauf der Siedlung den Finanzplan in erheblichem Umfang verändern werde.

Herr Marx (Geschäftsführer der GeWoBau) erklärt, der zeitliche Ablauf des Ankaufs, die zeitliche Verfahrensabläufe in den verschiedenen Gremien und datenschutzrechtliche Hintergründe hätten es nicht möglich gemacht den Wirtschaftsplan vorab mit den Daten zu vervollständigen. Am 31. März 2011 werde die nächste Aufsichtsratssitzung stattfinden, in der aufgrund der geänderten Umstände ein Nachtrag beschlossen werden könnte.

Die Personalkosten und die zu erwartenden Mieteinnahmen stünden mittlerweile fest. Bei den zu erwartenden Jahresmieteinnahmen handle es sich um eine voraussichtliche Summe in Höhe von ca. 600.000,00 € Was zukünftig investiert werde, lasse sich auch in den kommenden Monaten nicht im Wirtschaftsplan darstellen, da auch dann nicht klar sein wird, was mit der angekauften Siedlung geschehen wird. Pauschal habe man im Investitionsplan 1.000.000,00 € Investitionskosten eingeplant. Da der Wirtschaftsplan schon im Dezember 2010 beschlossen werden musste, um zu Beginn des Jahres 2011 in Kraft zu treten, sei es nicht möglich gewesen, den Plan vorab zu vervollständigen.

Der Vorsitzende weist den Ausschuss darauf hin ohne den Beschluss über den Wirtschaftsplan der GeWoBau könne auch der Haushaltsplan der Stadt in der nächsten Stadtratssitzung nicht beschlossen werden.

Ausschussmitglied Düker erklärt, der Aufsichtsrat habe sich mehrfach mit der hier angesprochenen Thematik beschäftigt und einstimmig über den Plan entschieden. Im Namen des Aufsichtsrates bittet er, im Sinne der Verwaltung mit dem Wirtschaftsplan wie vorgelegt zu verfahren. Aktuell könne man nicht mehr Daten vorlegen.

Herr Marx informiert den Ausschuss kurz über den bei der GeWoBau aufgedeckten Kriminalfall.

Die seit 1999 entstandene Schadenssumme läge (ohne Zinsen) bei etwas unter 500.000,00 € Ein Teil sei bereits beglichen. Arbeitsrechtliche Konsequenzen und das Einschalten der Polizei seien umgehend eingeleitet worden.

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Ausschussmitglied Dr. Hitschler versteht nicht, wenn die Daten über die Höhe der Mieteinnahmen und des Kaufpreises beim Objekt Canadasiedlung bekannt seien, wieso sie nicht im Wirtschaftsplan einbezogen wurden. Zumindest die im Dezember 2010 bekannten Größenordnungen hätte man angeben können.

Bürgermeister Heller weist darauf hin, die gewünschten Daten seien bei Beschluss des Wirtschaftsplanes durch den Aufsichtsrat nicht bekannt gewesen. Auch die bauleitplanerischen Umsetzungen seien aktuell noch nicht klar.

Ausschussmitglied Kaiser merkt an, dass es ausgereicht hätte, dem Wirtschaftsplan die Ausführungen von Herrn Marx ohne genauere Angaben anzufügen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag von Ausschussmitglied Dr. Hitschler, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis der Plan um die fehlenden Daten ergänzt wurde, mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	2
Nein:	8
Enthaltung:	4

Es nahmen 14 Ausschussmitglieder an der Abstimmung teil.

Der Hauptausschuss fasst anschließend folgenden

Beschluss:

1. Dem Wirtschaftsplan und dem Finanzplan wird zugestimmt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der GeWoBau GmbH Zweibrücken dem Wirtschaftsplan und dem Finanzplan zuzustimmen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung die Höchstverschuldungsgrenze auf 25 Mio. Euro und die Aufnahme neuer Darlehen auf höchstens 8 Mio. Euro festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	4

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Es nahmen 12 Ausschussmitglieder an der Abstimmung teil.

Die Ausschussmitglieder Kaiser und Dr. Hitschler haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Verteiler:

Amt 20

GeWoBau

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Punkt 2: (öffentlich)

GBI

- **Jahresabschluss 2009;**
- **Verlauf 2009;**
- **Projekte in 2010;**
- **Ausblick 2011**

Der Vorsitzende verweist auf die Anlage und informiert den Ausschuss über den Umlaufbeschluss zum Jahr 2010. Der Aufsichtsrat habe am 17.11.2010 den Beschluss gefasst, den Gesellschaftern die Empfehlung zu geben, sofern der Jahresabschluss 2010 einen Gewinn ausweise, zu beschließen, diesen in voller Höhe in die Rücklage einzustellen.

Der Vorsitzende gibt dem Ausschuss zur Kenntnis, dass die Gesellschafter diesem Vorschlag per Umlaufbeschluss zugestimmt haben.

Er übergibt das Wort an Frau Backe, der Geschäftsführerin der Gesellschaft für Beschäftigungsentwicklung, Qualifizierung und Integration mbH (GBI).

Die GBI habe in 2009 einen Umsatz i.H.v. 4,5 Mio. € und damit 350.000,00 € weniger als im Vorjahr, erwirtschaftet. Zu erklären sei dies mit dem Rückgang der Arbeitsplätze für 1€ Jobber und dem Umsatzrückgang der Dorfläden. Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung belief sich auf ca. -155.000,00 € d.h. ein geringerer Verlust. Umgerechnet auf die verschiedenen Profit-Center bedeute dies für Zweibrücken einen Gewinn i.H.v. 38.000,00 €. Zweibrücken sollte aufgrund des positiven Ergebnisses aus 2009 nicht nachschießen.

Bezüglich des Verlaufs des Jahres 2009 erklärt Frau Backe dem Ausschuss, dass man im Jahr 2009 50 Arbeitsplätze für 1€ Jobber zur Verfügung hatte. Insgesamt wurden 360 1€ Jobber Maßnahmen, hauptsächlich aber in Pirmasens, durchgeführt. Zusätzlich seien weitere zehn Einsätze im Sofortprogramm gelaufen, was bedeute, dass der GBI Teilnehmer zugewiesen wurden, die dann von der GBI unterstützt und in einem der drei Arbeitsbereiche aufgenommen wurden. Im Bereich der Dorfläden ging der Umsatz so dramatisch zurück, dass man beschloss, diese Dorfläden zu schließen. Zusätzlich habe man sich in 2009 auf anstehende Zertifizierungen im Bereich des Qualitätsmanagements im Bereich der Weiterbildung und Fortbildung und im Bereich der Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit vorbereitet. In der ersten Jahreshälfte 2010 wurden die Dorfläden geschlossen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze für 1€ Jobber ging in Zweibrücken auf 37 zurück. Auch in Pirmasens und dem Landkreis verringerte sich die Zahl. In 2010 seien dann alle Zertifizierungen durchgeführt worden.

Im Jahr 2011 habe man nur noch 15 Arbeitsplätze für 1€ Jobber zur Verfügung, was auch Auswirkungen auf die Mitarbeiterzahl haben wird. Zeitarbeitsverträge seien nicht mehr verlängert worden. In Zweibrücken gebe es seit 2010 ein „sogenanntes Möbelprojekt“ mit 12 Teilnehmern. Das Ziel für 2011 sei es, Maßnahmen im Bereich der Agentur für Arbeit zu erschließen.

Ausschussmitglied Rimbrecht merkt an, dass er herausgehört habe, dass die 1€ Jobs nicht so schlecht sind, wie man es oft in der Öffentlichkeit hört. Er weist jedoch auf die kommende Neuerung der „Bürgerarbeit“ hin. Diese halte er, da die Arbeiter nicht arbeitslosenversichert werden, für schlechter. Die betroffenen Personen seien meist im Anschluss noch immer auf die finanzielle Unterstützung des Staates angewiesen. Nun lösen die Bürgerarbeitsgelegenheiten die 1€ Jobber quasi ab. Die Stadt Zweibrücken habe leider versäumt, solche Arbeitsplätze auszuweisen. Er erkundigt sich, ob die GBI solche Bürgerarbeitsplätze in ihrem Stellenplan berücksichtigt habe und welche Auswirkungen dies auf die gesellschaftliche Finanzlage bezüglich der Zuschüsse, etc..

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Frau Backes erklärt, dass die GBI selbst nur die Möglichkeit habe, einen solchen Arbeitsplatz zu beantragen. Dies werde für einen Platz im „Möbellager“ geschehen. Bei den entstehenden Kosten handle es sich um einen durchlaufenden Posten.

Der Vorsitzende erklärt, dass auch die Stadt sich über solche Stellen im Stellenplan Gedanken gemacht habe.

Herr Kallenbrunnen (Personalrat) gibt an, dass der Personalrat keine Einwände erheben werde, solange die Arbeiter sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.

Herr Körner (Amt 10) merkt an, man habe solche Stellen für 2011 nicht im Stellenplan ausgewiesen, weil es hierfür keine Genehmigung gebe. Beantragt seien diese jedoch. Es gebe bereits Zusagen für die Betreuung von Schulbusfahrten.

Herr Düker erinnert daran, dass man im Falle der Bürgerarbeit intensiv mit der VGZ zusammenarbeiten müsse. Er erkundigt sich, ob das Projekt „Möbellager“ ein neues Projekt sei und ob dies zusammen mit der Arbeitslosenselbsthilfe organisiert werde.

Frau Backer gibt an, das Projekt bestehe bereits seit Beginn der GBI und werde in Zusammenarbeit mit dem Job-Center durchgeführt.

Ausschussmitglied Zahler lobt die Arbeit der GBI, regt jedoch an, Frau Backes zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses einzuladen, um ihren Geschäftsbericht schriftlich vorzulegen und um noch deutlich von ihrer Arbeit in Zweibrücken zu berichten.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Dr. Hitschler, ob es sich bei der genannten Gewinnrücklage in Höhe von 38.000,00 € in 2009 um eine Rücklage für alle drei GBI-Bereiche oder nur für den Standort Zweibrücken, antwortet Frau Backes, dieser Gewinn sei rein von Zweibrücken erwirtschaftet worden.

Bei der Bitte um die Information des Stadtrates über den Beschluss durch die Gesellschafter, ginge es nur darum, dass im Falle eines Gewinnes in Zweibrücken in 2010 eine entsprechende Rücklage gebildet werden solle.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Backes für ihren ausführlichen Vortrag.

Verteiler:

Amt 50

Amt 10

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Punkt 3: **Über-/außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen**
(öffentlich) **Vorlage: 20/0323/2010**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 20/0323/2010.

Ausschussmitglied Schanne-Raab erkundigt sich, warum es zu dieser Überschreitung der Kosten käme.

Herr Wagner (Leiter der Kämmerei) erklärt, man habe versäumt, entsprechende Reste zu bilden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt dem vorgelegten Antrag zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	0
Enthaltung:	1

Es nahmen 14 Ausschussmitglieder an der Abstimmung teil.

Verteiler:

Amt 20

Amt 81

Amt 60

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Punkt 4: Berichterstattung über den Sachstand bezüglich Verkehrsunfall an (öffentlich) der BBS (in der Sitzung beantragter Dringlichkeitspunkt)

Der Vorsitzende bittet Herrn Stefaniak (Leiter des Ordnungsamtes) den Ausschuss über den Sachstand der Planungen infolge des Verkehrsunfalles an der BBS zu informieren.

Herr Stefaniak erklärt, am 13. Januar 2011 habe ein Treffen der Straßenverkehrsbehörde des Ordnungsamtes gemeinsam mit dem Leiter der BBS, Herrn Rimbrecht, dem Schul- und Sportamt und der Polizei gegeben. Man habe beschlossen, in diesem Bereich eine 30-er-Zone einzurichten. Die unmittelbare Umsetzung habe er bereits angeordnet.

Einige Ausschussmitglieder kritisieren, es gebe noch immer Probleme damit, dass Schüler der BBS sich zum Rauchen in diesem Bereich aufhalten würden.

Ausschussmitglied Rimbrecht weist darauf hin, auch er, als Leiter der Schule, habe er nicht das Recht, Schüler von einem Gelände zu verweisen, das nicht der Schule gehöre. Er bedankt sich, dass das Ordnungsamt schnell reagiert hat und eine 30km-Zone einrichtet.

Ausschussmitglied Düker schlägt vor, die Fahrbahn zusätzlich mit einer 30-er-Zone-Aufschrift zu versehen.

Ausschussmitglied Rimbrecht befürwortet, die Verlängerung der 30-er-Zone bis zur Justizvollzugsanstalt.

Ausschussmitglied Dettweiler ist der Meinung, das Einrichten der 30-er-Zone werde zukünftig keine große Veränderung bewirken.

Verteiler:

Amt 32

Amt 40

18. Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2011

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 20:09 Uhr.

Der Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Reichling
Oberbürgermeister

Die Schriftführer

Richard Körner
Oberamtsrat

Alessa Buchmann
Stadtinspektorin